

## **Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2026 der Stadt Reinheim sowie des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke Reinheim für das Wirtschaftsjahr 2026**

### **1. Haushaltssatzung**

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), mehrfach geändert, §§ 4c, 8c und 149 neu gefasst, § 36b aufgehoben sowie § 52a neu eingefügt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 01.04.2025 (GVBl. 2025 Nr. 24) hat die Stadtverordnetenversammlung am 02.12.2025 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

##### **im Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 41.147.250,00 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 43.496.500,00 €

**mit einem Fehlbedarf von 2.349.250,00 €**

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 0,00 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 0,00 €

mit einem Saldo von 0,00 €

**mit einem Fehlbedarf von 2.349.250,00 €**

##### **im Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen  
aus laufender Verwaltungstätigkeit -1.205.150,00 €

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf 5.543.000,00 €

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf 1.543.450,00 €

mit einem Saldo von 4.007.550,00 €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 0,00 €

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 813.100,00 €

mit einem Saldo von -813.100,00 €

**mit einem Zahlungsmittelüberschuss des Haushaltsjahres  
von 1.989.300,00 €**

festgesetzt.

#### **§ 2**

Kredite werden nicht veranschlagt.

#### **§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

#### **§ 4**

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2026 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

## **§ 5**

Die Festlegung der Hebesätze erfolgte im Rahmen einer am 28.10.2025 beschlossenen gesonderten Hebesatzsatzung nach § 25 Grundsteuergesetz bzw. § 16 Gewerbesteuergesetz. Insofern hat die Erwähnung hier nur nachrichtliche Bedeutung.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern betragen demnach:

- |  |                 |
|--|-----------------|
| 1. Grundsteuer   |                 |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | <b>480 v.H.</b> |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf                             | <b>430 v.H.</b> |
| 2. Gewerbesteuer   |                 |
| auf  | <b>385 v.H.</b> |

## **§ 6**

Ein Haushaltssicherungskonzept wurde nicht beschlossen.

## **§ 7**

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans am 02.12.2025 beschlossene Stellenplan.

## **§ 8**

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO gelten
  - a. für Aufwendungen und Auszahlungen, die aufgrund gesetzlicher, tariflicher oder bestehender vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind,
  - b. im Ergebnishaushalt bis zu einem Betrag von 25.000 € je Planungsstelle (Produkt) und bei Beträgen darüber hinaus bis zu 10 % des jeweiligen Haushaltsansatzes
  - c. im Finanzhaushalt bis zu einem Betrag von 50.000 € je Planungsstelle (Investition) und bei Beträgen darüber hinaus bis zu 10 % des jeweiligen Haushaltsansatzes als unerheblich.In diesen Fällen wird der Magistrat ermächtigt, die Genehmigung zur Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen zu erteilen; gemäß § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO ist die Stadtverordnetenversammlung davon quartalsweise in Kenntnis zu setzen.
2. Beträge nach Ziffer 1 bis zur Höhe von 5.000 € werden vom Bürgermeister bzw. seinem Vertreter im Amt genehmigt; er hat den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung quartalsweise davon in Kenntnis zu setzen.
3. Der erhebliche Umfang bisher nicht veranschlagter oder zusätzlicher Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne von § 98 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 Nr. 1 HGO wird auf 10 % der Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und auf 10 % der Auszahlungen aus Verwaltungs- bzw. Investitionstätigkeit des Finanzhaushaltes festgesetzt.

Reinheim, den 02.12.2025

Der Magistrat der Stadt Reinheim  
Feick, Bürgermeister

## **2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Mit Schreiben vom 10.02.2026 wurde von der Kommunalaufsicht des Landkreises Darmstadt-Dieburg gemäß § 97a HGO

1. die Abweichung von den Vorgaben zum Haushaltsausgleich nach § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO für den Finanzhaushalt der Stadt Reinheim
2. in Verbindung mit § 105 Abs. 2 HGO den in § 4 der Haushaltssatzung der Stadt Reinheim festgesetzten Höchstbetrag der Liquiditätskredite in Höhe von 2.000.000 €

für das Haushaltsjahr 2026 genehmigt.

Der Haushaltsplan sowie der Wirtschaftsplan ist nach § 97 Abs. 4 HGO mindestens bis zum Ende seiner Gültigkeit auf der Homepage der Stadt Reinheim unter der Rubrik „Verwaltung & Bürgerservice/Politik/Haushaltsplan“ abrufbar.

Reinheim, den 19.02.2026

Der Magistrat der Stadt Reinheim  
Feick (Bürgermeister)